

Krafer Zeitung.

Nr. 131.

Dinstag, den 11. Juni

1861

Die „Krafer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Krafer 4 fl. 20 Nkr., mit Verendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. — Inserationsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile für 1 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krafer Zeitung“. Zusendungen werden franco erbeten.

V. Jahrgang.

nemendpreis: für Krafer 4 fl. 20 Nkr., mit Verendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. — Inserationsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile für 1 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krafer Zeitung“. Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Se. I. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 2. Juni d. J. dem Rechnungsführer Thomas Reiss, des Militärregiments zu Pöber, bei dessen Uebernahme in den definitiven Ruhestand in Anerkennung seiner mehr als fünf- und fünfzigjährigen verdienstvollen Dienstleistung das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Krafer, 11. Juni.

Die Trauer um den Verlust des großen italienischen Staatsmannes beschäftigt alle Gemüther. Ricasoli, den der König zur Bildung eines neuen Cabinets aufgefördert hatte, war so erschüttert, daß er, wie die „Opinione“ berichtet, nach der Audienz beim Könige sich zu Bett legen mußte, „in Folge des tiefen Eindruckes, den Italiens Mißgeschick auf ihn gemacht hatte.“ Seit dem 7. befindet sich derselbe, laut einer Depesche der Patrie, zwar besser, doch nachdem er — zur Ader gelassen. In Turin sind die drei bedeutendsten Zeitungen mit schwarzem Rande erschienen, eben so viele Blätter in den übrigen Theilen Italiens. Die Trauer ist, wie die Depeschen von allen Seiten melden, überall eine allgemeine, der Schmerz ein tiefer, heftig sich kundgebender, wie es italienische Art ist. Auf den 7. Abends um 6 Uhr war das Begräbniß anberaumt. Die Opinione bestätigt, daß Cavour mit großer Freudigkeit des Geistes sein Ende kommen sah. In den Augenblicken der Krankheit, wo er phantasirte (sprach er wiederholt die Worte aus: „Italien... Rom... Venedig... Napoleon!“). Einmal rief er: „Ich will den Belagerungsstand nicht; Italien muß durch die Freiheit wieder auferstehen; Italien kann nicht zu Grunde gehen!“ Die Armonia bemerkt, daß Cavour bereits nach dem Beichtvater geschickt habe, und die Aetze noch nicht an sein baldiges Ende glaubten. Gewiß ist, daß der Sterbende in Gegenwart seiner Verwandten und vertrauten Freunde alle Tröstung der Kirche empfing. Der Turiner Gemeinderath hatte die Familie durch eine Deputation ersuchen lassen, daß seine Leiche auf einem besonderen Platze des Turiner Kirchhofes beigesetzt werde; die Familie aber beschloß, in Erwägung, daß Graf Camillo wiederholt den Wunsch geäußert, auf seinem Landgute Santena beigesetzt zu werden, von diesem Verlangen nicht abzugeben.

Am 3. Juni hatte der Prinz von Carignan dem Grafen Cavour im Namen des Königs einen Besuch gemacht, sonst wurden aber sämtliche Besuche zurückgewiesen. Man glaubt an Bildung eines Ministerraths durch Ricasoli und Ricasoli, dem auch Farini seine Mitwirkung leihen würde. Ricasoli und Ricasoli sind der „Patrie“ zufolge am 6ten Juni zum König berufen worden.

Man fühlt in Paris allgemein, daß auch für Frankreich mit dem Tode Cavour's ein Wendepunkt eingetreten ist, und es wird trotz allen Abläugnungen behauptet, der Pariser Correspondent der „Independ.“ macht sich zum Organe dieser Versicherungen, daß die Schwierigkeiten, auf welche Cavour in letzter Zeit in der Lösung der römischen Frage gestossen, seine ohnehin schon durch Ueberarbeitung gefährdete Gesundheit vollends gebrochen und die schlimmste Wendung herbeigeführt haben. Bekanntlich hatte die Turiner Geistlichkeit, als Siccaldi auf dem Sterbebette lag, einen feierlichen Widerruf seiner Irrthümer verlangt; wie der Independent geschrieben wird, war, als der Geistliche zu dem kranken Cavour beschieden wurde, sofort telegraphisch in Rom angefragt worden, ob man auch von Cavour einen Widerruf verlangen solle; es scheint jedoch kein Verlangen dieser Art von Rom beantragt worden zu sein.

Es heißt, daß die Kaiserin Eugenie in dem am 5. d. stattgefundenen Ministerrathe zu Gunsten des Papstes das Wort ergriffen habe, und man sagt, auf die am 6. d. nach Fontainebleau gelangte Nachricht vom Tode des Grafen Cavour soll die hohe Frau ausgerufen haben: „Endlich, endlich ist Louis von diesem Manne befreit und wieder Herr seiner Politik!“ In Paris erzählt man sich auch, Lord Cowley soll in Folge des Todes von Cavour eine andere Sprache führen und gesagt haben, „nun sei die italienische Einheit unausführbar, und man müsse der Ungewißheit rasch ein Ende machen.“ Eine telegraphische Depesche aus Paris meldet, daß Thowenel und Bismarck seit dem 6. d. beim Kaiser in Fontainebleau sind, und daß vom Napoleon III. die Nachricht von der Beauftragung Ricasoli's mit Bildung eines Ministerraths günstig aufgenommen wurde. Diese Wahl soll auf den von Cavour vor seinem Tode dem Könige er-

theilten Rath vorgenommen worden sein. Der Kaiser ist kein Freund Ricasoli's.

Der Moniteur bringt heute in seinem Bulletin über den Tod des Grafen v. Cavour folgende Bemerkungen: „Der Tod dieses Staatsmannes verleiht den gegenwärtigen Verhältnissen eine ausnahmsweise Wichtigkeit. Er verursacht eine unermessliche Lücke in Italien, und die italienische Sache verliert in Herrn v. Cavour ihrer geschicktesten Förderer, den Mann, welcher sich ihre Aufrechterhaltung in den Principien der monarchischen Ordnung mit der meisten Autonomie angelegen sein ließ. Mit dem Bedauern, welches sein Verlust bei seinen Landsleuten erregt, und mit der Trauer, mit welcher sie sein Grab umgeben werden, wird Europa, welches auch immerhin die Weise sein mag, mit der er die Handlungen dieses Staatsmannes beurtheilt, die lebhaften Beweise der Achtung und Ehrerbietung verbinden, welche immer eine feste Ueberzeugung, ein großes Talent und ein consequenter Charakter einflößen.“

Die Times schreibt: „Graf Cavour ist dahin. Die Seele Italiens ist entflohen. Wird die neue italienische Einheit die Hand überleben, welche sie geschaffen hat? Wird überhaupt Italien fortbestehen, wenn es nicht mehr in dem Gedanken jenes mächtigen Geistes und jenes entschlossenen Willens lebt? Es gibt Staatsmänner und Diplomaten und Gelehrte und Helden; aber es wird nicht so bald ein zweiter entstehen, der das Alles und mehr sein kann. Man spricht allgemein Gutes von den Nachfolgern Cavour's; allein sie sind keine Cavour's. Dieses Jahr freilich ist Alles ruhig und wird Alles ruhig bleiben; aber noch vor Ablauf des nächsten Jahres werden wir sehen, ob das Beispiel des großen italienischen Staatsmannes in der Gruft begraben und vergessen ist.“ Der Globe sagt in einem Leitartikel, der Verlust, den die Sache der italienischen Unabhängigkeit durch den Tod Cavour's erlitten habe, sei so groß, wie der Tod Napoleons I. am Tage einer Schlacht für die große Armee gewesen wäre.

Das Journal des Debats sagt, die Nachricht vom Tode Cavour's habe allgemeine Bestürzung hervorgerufen, und von allen Prüfungen welche unter den gegenwärtigen Umständen das Geschick Italiens auferlegen könne, sei diese die grausamste und bitterste. Die Opinion nationale glaubt daß die Lücke welche Graf Cavour zurück läßt, sehr schwer auszufüllen sein wird. In ähnlicher Weise sprechen sich fast alle französischen andern Blätter über ihn aus, der Constitutionnel erklärt daß er durch den großen Einfluß den er geübt, allein Italien davor gerettet habe sich abenteuerlichen Einflüssen hinzugeben, seine Mission sey zuletzt eine conservative gewesen, und das officielle Blatt vergleicht ihn mit Casimir Perrier.

Der „A. V. Z.“, werden folgende charakteristische Worte aus Paris geschrieben: „Die Todesnachricht hat in Paris eine über alle Erwartung große Bestürzung hervorgebracht. Der Gedanke lag so nahe, daß bei einer ähnlichen Situation ein ähnliches Ereigniß in Paris unter viel schwierigeren, ja furchtbaren Umständen eintreten könne. Ganz Paris schauderte bei diesem abhüllenden Gedanken zusammen. In finsternen Stimmungen hieß man auch den Sultan, über dessen Befinden in der That schlimme Depeschen eingingen, noch vier Wochen leben.“

Die Zeit und die Umstände, unter welchen der Tod des Grafen Cavour erfolgt ist, erwecken in dem „Waterland“ mannigfache Betrachtungen. Der Graf starb in der Vollkraft des Mannesalters, kaum 52 Jahre alt, noch viele Jahre waren ihm nach menschlicher Wahrscheinlichkeit beschieden und heute ist er eine Leiche, während Pius IX., der siebenjährige Greis, dem der himmelstürmende Cavour so manchen bitteren Keld bargericht, ihn überlebt. Cavour starb 4 Tage nach dem Verfassungsfeste, dem ersten, welches nicht mehr für Piemont allein, sondern für ganz Italien gefeiert wurde, er starb am letzten Tage der Frohnleichnamsoctave, am 6. Juni um 7 Uhr Früh, nachdem er Abends zuvor die letzte Melung erhalten.

Die Krankheit des Grafen Cavour, die sich ursprünglich nur als eine Blutcongestion nach dem Gehirn angekündigt hatte, woran er seit einigen Jahren litt, hatte einen allgemeinen Character angenommen, ein Fieber, mit einer Leberanschwellung complicirt, hatte sich eingestellt, welches auch auf den sechsten Aderlaß nicht wich. Der Kranke fühlte sich wie man dem „Waterland“ schreibt, schon seit längerer Zeit leidend, aber mit der seinem Character eigenen Hartnäckigkeit suchte er sich zu überwinden. In den letzten Tagen war er sichtlich gebrochen und beklagte sich im engeren Kreise, seine Hoffnungen seien schon wieder getäuscht,

da man in Frankreich abermals Bedenken trage betreff der vollen Anerkennung des Königreichs Italien. Er schmeichelte sich indeß, daß noch zu Ende dieses Monats in Paris eine günstige Entscheidung werde getroffen werden. Aber am Vorabende des Frohnleichnamsfestes, gerade in einem Augenblicke, wo alles ihm eine günstige Lösung in seinem Sinne zu versprechen schien, erhielt er eine Depesche (andere sagen einen Brief), welche einen neuen Aufschub ankündigte, so daß er weder Ende Juni, noch Ende Juli die sehnlichst erwartete Entscheidung hoffen konnte, die gleichzeitig eine gute Finanzoperation für das Anlehen von 500 Millionen hätte fördern sollen. Um die Stunde des Todes Cavour's erkrankte laut Telegramm der h. Vater.

Cavour blieb unverehelicht und hinterläßt keine directe Nachkommenschaft als Erbe seines ungeheuren Vermögens.

Von Garibaldi's Krankheit wird nichts weiter gemeldet und es ist somit zu vermuthen, daß sie keine bedeutende sei.

Dem Vernehmen nach, heißt es in einem Pariser Berichte der „A. V. Z.“, wurde zwischen Cavour und der französischen Regierung die italienische Frage folgendermaßen geregelt: Man wird vor der Hand die venetianische Frage unberührt lassen, dagegen suchen, die römische so bald als möglich zu lösen; erst nach Lösung der letzteren wird Frankreich das Königreich Italien anerkennen. (?)

Aus Paris wird gemeldet, daß man dort die Erhaltung des Friedens für dieses Jahr entschieden in Aussicht stellt; dagegen deuten alle von der vorliegenden Regierung getroffenen Maßregeln darauf hin, daß sie die Möglichkeit eines Krieges mit England in einer gegebenen Zeit nicht aus den Augen verliert. So hat der Kaiser außer den beschlossenen Arbeiten zur Sicherstellung der französischen Häfen den Befehl ertheilt, in kürzester Frist die Zweigbahnen herzustellen, deren Aufgabe es ist, die Militärhäfen Frankreichs mit dessen vorzüglichsten Festungen zu verbinden. Der Kaiser hat diese Arbeiten als besonders dringlich der größtmöglichen Beschleunigung empfohlen. Die Regierung Frankreichs benutzt die Friedenszeit zu Unterhandlungen mit verschiedenen Mächten Europas. So wird bekanntlich in diesem Augenblicke zwischen Paris und Madrid bezüglich des Abschlusses eines Handelsvertrages verhandelt, und man versichert der „A. V.“ von gut unterrichteter Seite her, daß diesen Unterhandlungen andere folgen sollen, welche das Zustandekommen eines politischen Vertrages zum Gegenstande haben.

Die regierungsfreundliche Presse, schreibt man der „Frf. Post.“ aus Turin, enthält über die Zustände im Königreich Neapel fortwährend die günstigsten Berichte. Ganz anders lauten dagegen die Privatnachrichten. Die Aufnahme des neuen Statthalters war eine sehr kalte, besonders als man erfuhr, daß er, um das Land vollends piemontesisch zu machen, ein ganzes Heer piemontesischer Beamten mit sich gebracht habe. In der Umgegend von Sulmona, in der Provinz Nocera, in San Vittorino, in Preturo, Vizzoli u. haben neue Unordnungen und neues Blutvergießen stattgefunden. Das Land ist nur beruhigt, so weit der Arm der piemontesischen Militärgewalt reicht.

Gegenüber den zahlreichen unter den mannigfaltigsten Formen wiederkehrenden Nachrichten von dem bevorstehenden Abmarsch der Franzosen aus Rom und der Anerkennung des Königreichs Italiens durch die französische Regierung, kann der Correspond. der „Frf. Post.“ aus zuverlässiger Quelle mittheilen, daß zur Zeit weder in der einen, noch in der andern Angelegenheit von Seite der Aulieren etwas entschieden ist. Auch sollen die Unterhandlungen noch lange nicht reif zum Abschluß sein, da das Turiner Cabinet für den Augenblick sich außer Stand sieht, die vom Kaiser gestellten Bedingungen zu erfüllen. Nachgiebigkeit von französischer Seite ist aber kaum wahrscheinlich. In dessen treten die Gerüchte, daß eine Besetzung des Königreichs Neapel durch französische Truppen im Werke sei, nach eingetroffenen Privatbriefen wieder mit größerer Bestimmtheit auf. Ja man behauptet sogar, es würden zu Caserta und an andern Orten bereits Vorbereitungen zu diesem Behufe getroffen. Auch will man seit einiger Zeit im französischen Consulat zu Neapel eine ganz besondere Thätigkeit wahrgenommen haben.

Die päpstliche Regierung hat allen Vertretern fremder Mächte in Rom eine Note zugestellt, worin sie gegen die von der sardinischen Regierung beabsichtigte Veräußerung der den klösterlichen Gemeinschaften und übrigen geistlichen Körperschaften eigenthümlich gehörigen liegenden Gründe, welche sich in den von dem

Könige von Sardinien in Besitz genommenen Gebiets-theilen des Kirchenstaates befinden, protestirt und den Wunsch ausspricht, daß diesem Protest, im Interesse der etwa sich am Ankauf Theilnehmenden selbst, die größtmögliche Verbreitung gegeben werde.

Aus London sind zufolge W. E. die betrübendsten Nachrichten über den Gesundheitszustand der Königin Victoria hierher gelangt. Es scheint sich um eine große ärztliche Berathung unter Zuziehung einiger Notabilitäten des Continents zu handeln, von deren Parere es abhängen würde, ob die Königin sich auf längere oder kürzere Zeit von allen Staatsgeschäften zurückziehen müßte. Eine tiefe Melancholie, welche in völlige Apathie überzugehen droht, hat sich der Fürstin bemächtigt.

Kurzlich wurde in der Moldauer Kammer die Regierung interpellirt, ob sie nicht bei der bevorstehenden Conferenz, welche die definitive Union der Fürstenthümer entscheiden soll, Schritte gethan, die vier Wünsche der Divane vom Jahre 1857 (einer der Wünsche lautet auf Einsetzung eines fremden Fürsten) von Seiten der Nation zu befürworten. Eine ähnliche Interpellation soll auch in der walachischen Kammer beabsichtigt werden. Das wäre also eine offene Lossagung von Cusa.

Es heißt, der Sultan soll an einem Magenkrebs leiden und unwiderruflich verloren sein.

Ueber die Verhandlungen wegen Syriens erklärt sich die „Def. Ztg.“ in der Lage, nachstehende Aufklärung zu geben. Das Petersburger Cabinet brachte das Project auf's Tapet, im Libanon drei Raimasmen zu errichten, und zwar eine für die Drusen, eine für die Maroniten und eine für die orthodox-griechischen Bewohner. Dieses Project wurde jedoch alsbald als unpractisch erkannt und aufgegeben, worauf Rußland sich den übrigen Mächten anschloß, welche einverständlich mit der Pforte sich für die Ernennung eines der christlichen Religion angehörigen Gouverneurs erklärten. Während aber Frankreich, Oesterreich und Rußland zugleich beantragt hatten, daß der zu ernennende Gouverneur im Libanon ein Eingeborener sein sollte, wollten England und die Pforte, daß diese letztere Clausel als eine Beschränkung der souveränen Macht aufgegeben werde. Diese Schwierigkeit wurde dadurch gehoben, daß das Berliner Cabinet den vermittelnden Antrag stellte, man solle die Qualifikation des zu ernennenden Gouverneurs, ohne Unterschied, ob derselbe ein Eingeborener des Libanon sei oder nicht, der Pforte anheimstellen, und bloß die Bedingung, daß derselbe der christlichen Religion angehöre, als maßgebend anerkennen. Auch darüber soll das Einverständnis sämtlicher Mächte erzielt worden sein und die Pforte bereits die betreffende Persönlichkeit, welche zum Gouverneur im Libanon bestimmt ist, den betreffenden Cabinetten mitgetheilt haben.

Man hat bis heute keine Nachricht über die Einschiffung der französischen Truppen in Beirut, welche bekanntlich am 29. v. M. stattfinden sollte. Es hat nicht mehr bedurft, um das Gerücht zu accreditiren, daß die Einschiffung überhaupt verlagert sei, daßelbe ist natürlich mit aller Vorsicht aufzunehmen.

Die New-Yorker Zeitungen sind voll der bittersten Ausfälle gegen England, weil dieses den Sonderbund als kriegsführende Partei anerkennt. Die Einen behaupten, das heiße offen Partei für den Süden nehmen, und die Andern drohen geradezu mit einer Kriegserklärung. In einem Briefe aus Washington im „New-York-Herald“ heißt es: „Es ist erfreulich zu hören, daß Preußen in unvorhersehbarer Weise seine unverkennbaren Sympathien für uns ausgesprochen hat u. s. f. Sollte England jedoch das Gegenheil thun, dann ist unsere Regierung fest entschlossen, ihm den Krieg zu erklären, in den bald ganz Europa verwickelt werden müßte. Ueber diesen wichtigen Punkt ist der Präsident mit dem Staatssecretair und dem ganzen Cabinet vollkommen einverstanden. Sie fühlen, daß das Volk mit seinem ganzen Muthe und seiner opferfähigen Energie bereitwillig zur Seite stehen wird, wenn dessen heiligste Rechte mit Füßen getreten werden sollten.“ Andere Blätter sprechen sich viel heftiger aus und erklären die Neutralität Englands für nichts Geringeres als einen Hochverrath an der Menschheit.

Die „Times“ schreibt: „Wie wir die von der Flotte des Königs von Neapel geleitete Blockade respectiren, so werden wir die Blockade der südlichen Häfen durch die Flotte des Nordens respectiren, und wie wir die Rechte des damals wirklich von einem Corsaren nicht sehr verschiedenen Eroberers von Palermo als einer kriegsführenden Persönlichkeit respectiren, so müssen wir ganz gewiß auch die Rechte von elf regelmäßig cons-

situirten Staaten als einer kriegsführenden Macht anerkennen. Es ist geradezu widersinnig, wenn die nördlichen Staaten von uns erwarten, daß wir an dem Kampfe Theil nehmen sollen, und es ist ein Zeichen von Schwachköpfigkeit, wenn sie sich einbilden, ihre Scheltworte könnten Eindruck auf uns machen. Wenn sie, falls sie es überhaupt je thun, die Abschaffung der Sklaverei in der ganzen Union verkünden, so werden wir mit allen unseren Gefühlen auf ihrer Seite stehen. Bis jetzt aber haben wir mehr Grund, unsere Trennung von unseren Kunden im Süden als von den Schutzjüngern Philadelphias zu bedauern. Aber beide sind unsere Freunde, ja, beinahe unsere Landsleute, und es ist unsere offenbare Pflicht, gegen beide gerecht zu sein, indem wir streng an unseren neutralen Rechten festhalten und zu Keines Nachtheil von ihnen abweichen."

Verhandlungen des Reichsrathes.

Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 8. Juni.

Die Erklärung des Herrn Finanzminister v. Plener lautet vollständiger wie folgt:

"Ich habe die Ehre, dem h. Hause zu melden, daß Se. Majestät den von beiden Häusern übereinstimmend angenommenen Gesetzentwurf, betreffend der Tagelöhner und Reisegeldervergütung für die Mitglieder des Abgeordnetenhauses und der Landtage, mit kaiserl. Verordnung vom gestrigen Tage die Allerhöchste Sanction erhielt und mich mit der Durchführung dieses Gesetzes beauftragt hat. Ich werde die Ehre haben, wegen der Vollzugsmodalitäten mich mit dem h. Präsidium des Abgeordnetenhauses in's Einvernehmen zu setzen. Ich habe auch die Ehre, heute einige an mich gerichtete Interpellationen zu beantworten. Zwei derselben betreffen den Verkauf der böhmischen Staatsgüter. (Der Herr Minister verliest die beiden von Machacek und Dr. Brauner ausgegangenen Interpellationen.) Nachdem beide Interpellationen denselben Gegenstand betreffen, so werde ich die Ehre haben, sie auch unter Einem zu beantworten. In der Interpellation des geehrten Herrn Machacek und Genossen wurden die in Rede stehenden Domänen Pardubitz, Bžarov und Smržic als böhmische Kammergüter bezeichnet. Nach den gepflogenen Erhebungen ist nicht nachweisbar und liegt überhaupt nicht vor, daß die Substanz und die Erträge dieser Domänen für die Erhaltung der Würde der Krone und zur Bedeckung des Hofhaltung der Landesfürsten eine Widmung durch irgend welchen staatsrechtlichen Act erhalten hätten. Im Gegentheil liegt vor, daß die Domäne Pardubitz im Jahre 1560 für die böhmische Kammer, Smržic 1780 für die königliche Hofkammer und zwar zunächst zu dem Zweck der Erbauung der Festung Josephstadt durch privatrechtliche Erwerbsacte aus allgemeinen Staatsmitteln angekauft wurde.

Die Domäne Bžarov wurde aber gegen den letzten Befehl wegen dessen Aufhebung gegen den Kaiser Ferdinand II. durch den Fiskus eingezogen. Der Umstand, daß diese Güter auf den Namen der Kammer in der Landtafel vorgeschrieben sind, ist noch nicht gerade als die Eigenschaft derselben als eigentliche sog. Kammergüter nachzuweisen. Der Begriff von Kammergütern hat vielmehr der damaligen Einrichtung und dem damaligen Organismus der Finanzverwaltung entsprochen, wornach in den einzelnen Königreichen und Ländern selbständige und getrennte Finanzbehörden unter dem Namen von Kammern bestanden und das gesamte Staatsvermögen verwaltet haben. Diese Kammern sind sonach in die Natur von Central-Finanzstellen unter der Benennung „Hofdirektorium“ und überhaupt unter verschiedenen wechselnden Benennungen übergegangen. Die Staatsgüter sind jedoch sowohl früher als später stets als Bestandtheile des allgemeinen Staatsvermögens und als Objecte der Staatsfinanzen behandelt worden. Was die in der Interpellation vorkommenden Behauptungen betrifft, daß die Veräußerung der Domänen in Böhmen ohne Zustimmung des Landes erfolgt sei, habe ich in Bezug auf die thatsächlichen Verhältnisse Folgendes zu bemerken:

Als im Jahre 1817 zur Einwirkung auf die allmähliche Verminderung der verzinsslichen Staatsschuld ein Tilgungsfond errichtet worden und demselben als Einnahmequelle die Zinsen aus dem Erlöse des in ausgedehnterem Maße angeordneten Staatsgüterverkaufs zugewiesen worden sind, hat die Regierung selbst die Frage aufgenommen, ob nicht in Bezug des Verkaufes der böhmischen Staatsgüter mit Rücksicht auf die dort vorhandenen Privilegien die Einholung der Zustimmung der böhmischen Landstände erforderlich sei. Es ist über diesen Gegenstand der Landesauschuss, der Oberburggraf und die Kammerprocuratur vernommen worden und es wurden in Wien Kommissionen zusammengesetzt, wo die Repräsentanten der drei Hofstellen, der Finanz- und der politischen Hofstelle, gemeinschaftlich Beratungen abgehalten haben. Obwohl das Gutachten dieser Kommissionen sich dahin aussprach, daß die staatsrechtliche Nothwendigkeit zur Einholung der Zustimmung der Landstände nicht erforderlich sei, hat gleichwohl Kaiser Franz II. mit Entschlüssen vom 5. März und 24. August 1825 zu befehlen geruht, daß dem damals bevorstehenden nächsten Posulat-Landtage die beschlossene Veräußerungsmaßregel bekannt zu geben, daß demselben die Gründe für diese Maßregel in finanzieller und national-ökonomischer Beziehung darzustellen und daß zugleich auch auszusprechen sei, wie Se. Majestät nicht zweifeln, die böhmischen Stände würden die Zweckmäßigkeit dieser Verfügung anerkennen und ihre Zustimmung dazu geben. Nach dem Berichte des böhmischen Oberburggrafen Grafen Kolowrat vom 22. Dezember 1825 haben die böhmischen Stände gemäß dem Wortlaute des Landtagsprotokolls vom 22. Dezember 1825 die willfährigste Bestimmung zu dieser auf Til-

gung der Staatsschulden und Beförderung des allgemeinen Besten abzuwendenden Maßregel ausdrücklich erklärt. Ohne daher hier in die innere Frage der etwa damals bestandenen Nothwendigkeit der Einholung der Zustimmung der böhmischen Stände einzugehen, bemerke ich nur, daß faktisch und formell die Zustimmung der böhmischen Stände zur Veräußerung der in Böhmen gelegenen Staatsdomänen und zwar mit der ausdrücklichen Widmung für die Zwecke der Tilgung der Staatsschulden erfolgte. Ich gehe nun von der Vergangenheit auf die Gegenwart und die in derselben begründeten Rechte und Pflichten und auf die jetzigen Verfassungsbestimmungen über. Hierbei habe ich zuerst das Uebereinkommen zu besprechen, welches in Folge Allerhöchster Genehmigung zwischen dem Finanzministerium und der Direction der österreichischen Nationalbank am 28. October 1855 abgeschlossen worden ist. In diesem Uebereinkommen sind die in der Beilage verzeichneten Staatsdomänen, darunter auch die in Böhmen gelegenen und die auch in der Interpellation erwähnten, an die Bank in der Art überwiesen worden, daß die Nationalbank kraft Artikel 8 dieses Uebereinkommens berechtigt ist, diese Güter nicht nur als Hypothek zu bestellen, sondern auch zu veräußern, daß diese Veräußerung ehehentlich vorgenommen werden soll, daß der Erlös aus diesen Gütern und die bis zum Verkauf eingehenden Erträge derselben von der hypothecirten Staatsschuld von 155.000.000 fl. abgeschrieben werden sollen, und in Folge eines späteren Uebereinkommens wurden auch die für die Uebergabe der Staatsdomänen ausfertigten Grundentlastungs-Obligationen im vollen Nennwerth an die Bank übergeben und der diesfällige Betrag ebenfalls von der Staatsschuld abgeschrieben.

Die Veräußerung der einzelnen Objecte geschieht nach einer zwischen dem Finanzministerium und der Bankdirection vereinbarten Instruction mit der speciellen Zustimmung des Finanzministeriums, und zwar namentlich im Punkte der Feststellung des Ausbietungspreises für die der Veräußerung zu unterliegenden Objecte. Was nun speziell Pardubitz anbelangt, so ist die zur Veräußerung erforderliche Schätzung bereits richtiggestellt. Die von der Bankdirection angelegte Ausbietungssumme hat jedoch die Zustimmung des Finanzministeriums noch nicht erlangt. Bei Bžarov sind die Erhebungen darüber im Zuge, inwieweit sich die damit vereinigten kleinen Objecte ohne Beeinträchtigung des Betriebes der in Bžarov vereint bleibenden Eisenwerke von denselben abtrennen lassen und die Alternative eines kumulativen und partiellen Ausbietungsprojectes, je nachdem die Chancen günstig sind, mit Erfolg zu erledigen. Bei Smržic sind die Schätzungsacten noch nicht geschlossen. Ich beantworte also hiemit den ersten Fragepunkt der Interpellation des Herrn Machacek und Genossen dahin, daß ich zu diesen die Veränderung einleitenden Vorberathungsverhandlungen allerdings meine Zustimmung gegeben habe, ohne welche Zustimmung überhaupt diese Einleitungen gar nicht hätten erfolgen können. Ich glaube aber auch eine wirklich geschlossene Veräußerung, falls eine solche erfolgt wäre, dem hohen Hause gegenüber verantworten zu können, indem ich mich hierbei auf den Boden des erwähnten Uebereinkommens gestellt betrachte, welches Uebereinkommen noch fortan als aufrecht und rechtsgültig anzusehen ist, indem es nach dem Grundsatz, daß spätere Gesetze nicht zurückwirken, weder durch das Allerhöchste Diplom vom 20. October, noch durch die Grundgesetze vom Februar in irgend einer Weise beeinträchtigt und geändert werden konnte. Das mit der Bank bestehende Uebereinkommen kann nach Rechtsbegriffen nur durch ein neues Uebereinkommen gelöst werden oder es kann die Wirkung desselben durch eine von der Finanzverwaltung ausgehende Tilgung der hypothecirten Staatsschuld in irgend einer Weise aufgehoben werden, und hier bin ich an jenem Fragepunkte der Interpellation angelangt, welcher mein in dieser Sache zu beobachtendes Verhalten betrifft.

Ich habe die Ehre, dem hohen Hause zu erklären, daß die an das hohe Haus gelangende Verhandlung zur Regelung der Schuldverhältnisse zwischen der Nationalbank und dem Staate jedenfalls auch den Punkte der übergebenen Pfandgüter berühren werde, und daß es mir angemessen scheint und es eben auch in meiner Absicht liegt, bis zur Austragung dieser Verhandlung mit der Veräußerung jener Güter, insbesondere der größeren Objecte, wozu die böhmischen Güter gehören, innezuhalten. Ohne hier im geringsten der Verhandlung mit der Nationalbank vorzugreifen, bemerke ich nur, daß für den Fall, als die übergebenen Pfandgüter wieder in das freie Verfügungsrecht des Staates zurücktreten sollten, dieselben gleich Allem übrigen unbeweglichen Staatsvermögen den Bestimmungen des Diploms vom 20. October und des Grundgesetzes vom 26. Februar in Bezug auf Veräußerung, Umwandlung und Belastung unterliegen werden, und daß diese Acte in Betreff derartiger Güter der verfassungsmäßigen Zustimmung bedürfen. Diese Zustimmung kann jedoch nicht, wie in der Interpellation angedeutet ist, der Landesvertretung, sondern nach dem ausdrücklichen Wortlaute der von mir angeführten Allerhöchsten Grundgesetze nur dem Reichsrathe zukommen. (Bravo.) Ich glaube mit der Bemerkung schließen zu können, daß alles Staatsvermögen in der Weisheit und im Patriotismus des hohen Reichsrathes am sichersten geborgen sei und seine treueste Obhut finden werde. (Bravo.)

Es ist eine Interpellation vom Freih. von Pettrich und Genossen an das Gesamtministerium über die von mir am 27. v. M. bei der Verhandlung über die Diätenfrage abgegebene Erklärung überreicht worden. (Der Minister verliest die Interpellation.)

Ich habe die Ehre, die Interpellation im Namen des Gesamtministeriums hiemit zu beantworten. Was den ersten Punkt anbelangt, erkläre ich, daß meine in der Sitzung vom 27. v. M. abgegebene Erklärung allerdings im Namen und jedenfalls mit wirklich er-

folgter Zustimmung der damals im Hause anwesenden Mitglieder des Gesamtministeriums erfolgt ist, und erinnere nur an den Inhalt der veröffentlichten stenographischen Berichte, wo die von mir gebrauchten Ausdrücke, „daß die Regierung, daß das Ministerium das hohe Haus aufmerksam mache“, enthalten sind. Was den zweiten Punkt anbelangt, über den Zeitpunkt dieser von mir gegebenen Erklärung, so habe ich zu bemerken, daß der eigentliche Anlaß zur Abgabe dieser Erklärung erst dann, nemlich in jenem Zeitpunkte vorhanden war, wo der Antrag des Ausschusses zum Beschlusse erwachsen ist.

Es hat sich nämlich in diesem Zeitpunkte mir die Frage aufgedrungen, was nun weiter zu geschehen habe, und mit Hinblick auf den in der Erklärung des Ausschusses vorkommenden Ausdruck „innere Angelegenheit des Hauses“ hat sich die Möglichkeit herausgestellt, daß etwa das h. Abgeordnetenhaus in Folge des gefaßten Beschlusses sich unmittelbar an das Finanzministerium mit dem Ansuchen hätte wenden können, die bewilligten Gebühren flüssig zu machen. Es war mir allerdings eine solche Eventualität nicht sehr wahrscheinlich, aber nicht unmöglich; nun — einem solchen von diesem Hause des h. Reichsrathes ausgehenden Ansuchen zu entsprechen, hätte das Ministerium sich nicht für ermächtigt gehalten; indem es an der Ansicht festhält, daß die Mitwirkung des anderen Hauses und die Sanction Sr. Majestät hiezu erforderlich sei, in welcher Beziehung ich der vollkommenen Zustimmung meiner Herren Kollegen auch ohne alle etwaig genommene Rücksprache versichert bin. Dies deutlich zu machen und möglicherweise abweichenden Vorgängen vorzubeugen, war die Absicht der gegebenen Erklärung, wozu im Laufe der Debatte kein Anlaß war, denn möglicherweise hätte der ganze Antrag fallen können und jede weitere Bemerkung über die weiteren Vorgänge wäre überflüssig geworden.

Ich gebe daher hiemit dem h. Hause die offene und rückhaltlose Versicherung, daß diese und keine andere Absicht mit meiner Erklärung und mit dem Zeitpunkte, in welchem ich sie gegeben habe, verbunden war, und habe nur die Bemerkung beizufügen, daß die thatsächlich vom h. Hause der Abgeordneten an das Herrenhaus erfolgte Vorlage gewiß nicht so sehr durch die dem h. Abgeordnetenhaus innewohnende Maxime eines verfassungsmäßigen und geschäftsmäßigen Vorganges veranlaßt worden ist. Die dritte Interpellation betrifft die Wein- und Mollsteuer, von Dr. Haffner überreicht (verliest die Interpellation.) Ich habe hierüber zu bemerken, daß das Finanzministerium aus Anlaß der vorgekommenen selbst in die Neuzeit hineinreichenden Anstände gegen die Durchführung dieses Gesetzes sich bestimmt ausgesprochen hat, am Eise der Finanz-Landesdirectionen Graf von Wien Abänderungen und Modifikationen dieses Gesetzes mit Zuziehung von Vertretern der Landwirtschaft-Gesellschaft einer Berathung unterziehen zu lassen.

Die Ergebnisse dieser Beratungen liegen vor, sie zeigen jedoch eine sehr große Zersplitterung der Ansichten, und sofern es sich um Berathung der Detailausführung gehandelt hat, zeigte sich dort eine Masse von Schwierigkeiten, welche von verschiedenen Seiten zur Sprache gebracht worden sind. Auch die steuermäßige Kommission hat in Anerkennung dieser Schwierigkeiten zu einer definitiven Abänderung oder einem Gesetzesvorschlage sich nicht veranlaßt gesehen, sondern die Majorität derselben hat sich darauf beschränkt, die zur Sprache gebrachten Modifikationsvorschläge als interimistische Ausfunftsmittel bis zur Ausfindung eines den Wünschen besser zusagenden Modus zu befürworten. Dem Kernnehmen nach ist vom Landtage in Steiermark eine Petition um Aufhebung oder Abänderung dieses Gesetzes eingebracht worden, bisher aber noch nicht zu meiner Kenntniß gelangt. Nachdem aber gerade in Steiermark die größten Anstände bei der Durchführung dieses Gesetzes sich ergeben haben und diese Petition vom verfassungsmäßigen Körper ausgegangen ist, so ist die Kenntniß von dem Inhalte derselben um so wichtiger, als zu hoffen ist, daß in demselben brauchbare Beheile und Grundlagen für eine Veränderung für einen neuen Gesetzentwurf vorhanden sind. Ich werde daher bemüht sein, mir den Inhalt dieser Petition zu verschaffen und bis dahin habe ich dem hohen Hause Folgendes zu bemerken: Es wird im Laufe der gegenwärtigen Reichsraths-Session in dieser Steuerfrage eine Regierungsvorlage an das hohe Haus gelangen.

Was jedoch die bereits für das laufende Finanzjahr vorgeschriebene Gebühr dieser Steuer anbelangt, so kann eine Zurücknahme derselben, oder eine Absenkung nicht erfolgen. Diese Gebühren sind möglichst mäßig gehalten worden, es ist auch keineswegs die etwaige Höhe, welche eine Verminderung bei den Steuerpflichtigen erzeugt hat, es ist vielmehr diese dem unangenehmen Modus der Einhebung derselben zuzuschreiben, und noch viel mehr der Furcht und Besorgniß, daß die im heurigen Jahre sehr niedrige Gebühr in der künftigen Steuerperiode eine bedeutende Steigerung erfahren werde. Es ist kein Grund vorhanden, die bereits zur Vorschreibung gelangten Steuern oder im Abfindungswege festgestellten Beträge für das laufende Finanzjahr abzufallen. Den diesfalls in einzelnen Orten vorgekommenen Renitenzen nachzugeben und die Gebühr zurückzunehmen ist nicht möglich, indem die Rücksicht für das Ansehen der Regierung und die Bedürfnisse der Finanzen einen solchen Vorgang nicht rechtfertigen würden. (Bravo.)

Präsident: Die vom Herrn Staatsminister verlangte Derrückung ist vollzogen.

Bereits nach Eröffnung der Session sind mir zwei Interpellationen überreicht worden, ich war also nicht im Stande diese Interpellationen, welche beide an das hohe Staatsministerium gerichtet sind, dem Ministerium mitzutheilen, und ich trage sie einstweilen dem Hause

vor, mit dem Vorbehalte, sie nach der Sitzung dem Herrn Staatsminister mitzutheilen. Die Interpellationen lauten:

Die erste derselben unterzeichnet von Stephan Eubissa und 19 Abgeordneten bezieht sich auf die Kreisbehörde von Ragusa, welche „in letzter Zeit eine besonders rege Thätigkeit in der Verfolgung der Partei entwickelt, welche die Vereinigung Dalmatiens mit Kroatien und Slavonien befürwortet.“

Die zweite von Dr. Roman und 22 Abgeordneten hat die Durchführung der Verordnung des ehemaligen Unterrichtsministeriums vom 8. August 1859, R. G. B. Nr. 150, zum Gegenstande. Es wird gefragt:

Was für Anordnungen oder Vorbereitungen hat das k. k. Staatsministerium zur Verwirklichung der bezeichneten Verordnung an den Gymnasien auf Gebieten mit überwiegend slavischer Bevölkerung getroffen, — oder welche ist es zu treffen gesonnen? —

Der Präsident verliest sodann den in bereits erwähnten Antrag des Abgeordneten Marcjanowski.

Der Antragsteller wünscht, daß in der nächsten Sitzung dieser Antrag zur Vorfrage gelangt.

Präsident: Es gelangt nun der Antrag des Hrn. Abgeordneten Szabel zur Vorfrage. Er lautet: Das h. Haus wolle beschließen: 1. Es wird ein Verfassungsausschuß eingesetzt, an welchen alle auf Verfassung und Grundgesetze bezüglichen Anträge geleitet werden. 2. Dieser Ausschuss wird aus den Abtheilungen mit je zwei Mitgliedern gewählt, demnach aus 18 Mitgliedern bestehen.

Bei der Abstimmung, ob dieser Antrag eingebracht werden könne, stimmt die Majorität des Hauses dafür.

Präsident: Der zweite Antrag, der zur Vorfrage gelangt, ist der des Herrn Dr. Siskra und Genossen. Er lautet: „Das Haus wolle beschließen: Es sei der §. 9 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung abzuändern und rücksichtlich zu ergänzen, wie folgt: Der Reichsrath wird vom Kaiser alljährlich einberufen. Wird der Reichsrath aufgelöst, so muß er binnen 3 Monaten wieder zusammenberufen werden.“

Abgeordnete Siskra bittet alle drei von ihm eingebrachten Anträge im Zusammenhange zur Vorfrage zu bringen.

Präsident: Der zweite diesfällige Antrag lautet: „Das Haus wolle beschließen: Es sei der §. 12 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung abzuändern wie folgt: Gesetzesvorschläge gelangen als Regierungsvorlagen an den Reichsrath. Auch diesem steht das Recht zu in Gegenständen seines Wirkungskreises (§. 10 und 11) Gesetze vorzuschlagen. Zu allen Gesetzen ist die Uebereinstimmung beider Häuser und die Sanction des Kaisers erforderlich.“ Der dritte Antrag lautet: „Das Haus wolle beschließen: Es sei der §. 13 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung in folgender Weise abzuändern: Der Vollzug der Gesetze geschieht vom Kaiser durch verantwortliche Minister und die denselben untergeordneten Beamten und Gestellen. Jede Verfügung zum Vollzuge eines Gesetzes bedarf der Zeichnung eines verantwortlichen Ministers. Wenn zur Zeit, als der Reichsrath nicht versammelt ist, in einem Gegenstande seines Wirkungskreises dringende, in den Gesetzen nicht vorgesehene Maßregeln getroffen werden müssen, so sind diese mit provisorischer Gesetzeskraft zu treffen, jedoch mit der Verpflichtung, darüber dem nächsten Reichsrathe die Gründe und Erfolge darzulegen. Ueber die Verantwortlichkeit der Minister und über das Verfahren gegen dieselben wird ein besonders Gesetz bestimmt.“

Bei der Abstimmung ist die Majorität des Hauses für die Einbringung dieser drei Anträge. (Die Minister, die Linke und ein großer Theil des Centrums erhoben sich.)

Es gelangt nun der Antrag des Herrn Mühlfeld und Genossen zur Vorfrage. Er lautet: „Das Haus wolle beschließen: Es werden Ausschüsse mit der Aufgabe bestellt, Entwürfe nachermäthigter Gesetze zu verfassen und zur Berathung und Schlussfassung an das Haus vorzulegen, als: 1. eines neuen Gesetzes zur Regelung des Vereins- und Versammlungs-Rechtes; 2. eines Gesetzes zum Schutze der Freiheit der Person und des Hausrechtes, sowie des Briefgeheimnisses; 3. zur Sicherung der Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre, und 4. in Betreff der Stellung und Rechte der verschiedenen Religionsgesellschaften und ihrer Angehörigen dem Staate gegenüber und in öffentlicher Beziehung, sowie der Rechte derselben gegeneinander und in bürgerlicher Hinsicht. Jeder dieser Ausschüsse werde aus 18 Mitglieder gebildet, von denen je zwei durch eine Abtheilung zu wählen sind. Die Majorität des Hauses stimmt für die Einbringung dieses Antrages.“

Präsident: Wir gelangen nun zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, zur dritten Lesung des Gesetzentwurfs dieser Geschäftsordnung.

Staatsminister v. Schmerling. Ich habe die Ehre, dem h. Hause den Entwurf eines Gesetzes über die grundsätzlichen Bestimmungen zur Regelung des Gemeindefens (Bravo links) zur verfassungsmäßigen Behandlung zu übergeben, und ich werde bitten, daß, wenn dieser Gegenstand gedruckt in den Händen der geehrten Mitglieder sich befindet, mir das Wort gegeben werde, um den Standpunkt, den die Regierung bei diesem Entwurfe innegehalten hat, und die hauptsächlichsten Bestimmungen desselben in gedrängter Kürze dem Hause bekannt zu geben. (Bravo.)

[Schluß folgt.]

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 10. Juni. Se. Majestät König Ludwig verweilte gestern in Laxenburg, wohnen sich auch der Herzog von Modena und Gemalin, dann die Herren Erzherzöge und Frauen Erzherzoginnen begeben hatten.

Wie es heißt, beabsichtigen die hiesigen Künstlerge-
sellschaften dem Könige zu Ehren in Weiburg bei
Baden einen Fackelzug zu veranstalten.
Der kgl. ungarische Hofkanzler Herr Baron von
Bay hatte vorgestern bei Sr. Majestät dem Kaiser
Audienz.
Graf Montalembert verweilt, wie der „N. Z.“
vernimmt, gegenwärtig in Pest.
Paul Almasy widerlegt die von der „Presse“ mit-
getheilte Nachricht, daß in Wien ein Blatt für unga-
rische Interessen gegründet werden soll, unter dessen
Hauptgründern er sich befinden soll.
Deutschland.
Die Frage wegen der Feierlichkeiten aus Anlaß des
Thronwechsels ist, wie die „Berliner Montagsz.“ mel-
det, endgültig dahin entschieden worden, daß ein offi-
zieller Akt nur in Königsberg vorgenommen werden
soll, über dessen Form noch eine Bestimmung erwartet
wird. Wahrscheinlich wird man sich zu einer Krönung
nach dem Vorgange derjenigen des ersten Königs von
Preußen entscheiden und somit also dürfte König Wil-
helm, unter Assistenz hoher Geistlicher, sich selbst die
Krone auf das Haupt setzen.
König Wilhelm, schreibt man der „Köln. Bzg.“,
hat jetzt genehmigt, daß nach seiner und der Kön-
igin Majestät Rückkehr aus Königsberg am 26. d. M.
in Berlin Seitens der Stadt eine feierliche Einholung
ganz in der Weise, wie am 21. Sept. 1860 statt-
gefunden. Jede andere Freudeäußerung hat Sr.
Majestät jedoch abgelehnt und sich namentlich die Dar-
bringung eines Geschenkes, wie die Stadtbehörden
1840 dem Königspaare weihen, verboten.
Der leghin consecrirte Bischof der Diocese
Breslau, Adrian Modarski, ist von Sr. Heiligkeit
dem Papste im Consistorium vom 18. März d. J.
zum Bischof von Zbora i. p. ernannt worden (geb.
am 2. März 1807). Der Fürstbischof von Breslau
ist am 4. Juni einer drohenden Lebensgefahr entgan-
gen. Derselbe ging im Garten spazieren und kam
dabei in die Nähe des Wachtbundes, eines großen
Neufundländers, welcher sofort auf den Bischof los-
stürzte. Die Geistesgegenwart des Gefährdeten ver-
hinderte das wüthende Thier an einem sofortigen Bisse.
Der Hund aber wiederholte seine Angriffe mit solcher
Gewalt, daß er die starke eiserne Kette zerriß. Aber-
mals abgewehrt, brachte das Thier dem Angegriffenen
noch mehrere Wunden bei, welche wahrscheinlich viel
tiefer und schlimmer sein würden, wenn nicht die
Weite der bischöflichen Coutane einen äußeren Schutz
gewährt hätte, bis endlich der Hülfseruf noch rechtzeitig
gehört und der Hund gebändigt wurde. Wie die
Untersuchung des Arztes ergab, sind die Wunden nicht
gefährlich und ist der Hund gesund befunden worden,
so daß ein weiterer Schaden für das Befinden Sr.
fürstbischöflichen Gnaden nicht zu befürchten ist.
Dem Mannheimer Journal zufolge stände noch
im Laufe dieses Sommers die Einberufung eines aus-
serordentlichen Landtages in Karlsruhe bevor. Es
sollen nämlich die Verhandlungen über den Abschluß
eines Handels-Vertrages zwischen dem Zollvereine und
Frankreich zur Einigung über die Hauptbedingungen
des Vertrages Vertrages geführt haben. Die Dauer
des außerordentlichen Landtages würde jedenfalls eine
kurze sein. Die Karlsruher Zeitung meldet amtlich,
„daß der Großherzog sich unterm 3. d. M. bewogen
gefunden habe, Frh. August Marschall v. Bieberstein
vom Gesandtschaftsposten in Frankfurt abzurufen.“
Belgien.
Die Lütticher Studenten veranstalteten unlängst
ein Verbrüderungsfest, zu dem sie auch die Studiren-
den der übrigen belgischen Universitäten geladen hat-
ten. Die katholische Universität zu Löwen untersagte
ihren Studenten die Theilnahme an diesem Feste. Die
Studenten protestirten gegen diesen „Mißbrauch der
Gewalt“ und einige begaben sich auch thatsächlich
nach Lüttich. In Folge dessen haben diese letzteren
nun das Consilium abeundi erhalten.
Frankreich.
Paris, 5. Juni. Der Moniteur veröffentlicht
heute ein Rundschreiben des Prinzen Napoleon, worin
derselbe, als Präsident der kaiserlichen Commission für
die allgemeine Industrie-Ausstellung in London, an die
die allgemeine Industrie-Ausstellung, so wie an die Interessen
patriotischen Gefinnungen, so wie an die Interessen
der französischen Landwirthe, Industriellen, Kaufleute
und Künstler appellirt und dieselben zur Theilnahme
und Künstler appellirt und dieselben zur Theilnahme
auffordert. Im gesegneten Körper wird ein Ge-
dächtniß von 4.800.000 Fr. für das bereits angekauft
Museum Campana verlangt, eben so ein außerordent-
licher Credit von 1 Million für Ausgaben, die sich
auf die Erbauung der neuen großen Oper beziehen.
Die Patrie berichtet, daß Herr William Proff, ein
Abgesandter von Jefferson Davis, mit besonderen Auf-
trägen in Havre eingetroffen ist. Ange Ghibaldi,
Buchhändler in Nizza, ist wegen Verbreitung des Ge-
richtes, daß die Grafschaft Nizza nächstens wieder un-
ter italienische Herrschaft gelange, von dem französi-
schen Gebiet ausgewiesen worden. Die Budget-Ver-
handlungen versprechen weniger stürmisch zu werden,
als man geglaubt hatte, und namentlich scheint die
römische Frage nicht wieder zur Sprache kommen zu
sollen. — Cardinal Grassellini, der aus Rom hier an-
gekommen ist, hat Herrn Thovonnel besucht, und er-
widert sich dieser Tage zum Kaiser nach Fontainebleau
begeben.
Der „Moniteur“ veröffentlicht das Ergebnis der
von der Bank eröffneten Subscription auf die Eisen-
bahnbonditionen. Auf die zu emittirenden 786.000
Stück wurden von 53.369 Subscribenten 2.972.204
Stück gezeichnet. Es werden vertheilt werden unge-
fähr: 88,26 % bei Ardenner-Obligatoren, 33,54 bei
St. 28,08 bei Lyon, 38,89 bei Süd, 12,67 bei Dr.
ans, 77,03 bei West.
Die orientalistische Partei ist sehr thätig, um im

Sironde-Departement die Wahl des Herrn Cruzy zum
Departementalrath durchzuführen. Dieser nach dem
2. Dezember erlitt gewesene ehemalige Hauptbureau-
des Courrier de la Gironde veröffentlicht in diesem
Blatte ein Rundschreiben an die Wähler, worin er
die napoleonische Politik sehr beifällig angreift.
Paris, 7. Juni. Zunächst wird vielleicht der
Tod Cavour's die Entwicklung der italienischen Frage
in Bezug auf Rom beschleunigen. Wie es heißt, ist
Marschall Villamarina bereits hier eingetroffen, und
nach dem gestern in Fontainebleau abgehaltenen Mi-
nisterrath ist ein Courier mit einem Handschreiben des
Kaisers an Victor Emanuel nach Turin abgegangen.
Man versichert, daß die Anwesenheit des Generals
Dufour in Fontainebleau sich auf Interpellationen
beziehe, die im englischen Unterhause über den Stand
der Schweizerischen Angelegenheiten in Bezug auf Cha-
blais und Faucigny statt finden werden. — In der
französischen Artillerie wird nun die so hochgepriesene
gezogene Kanone wahrscheinlich als Feldgeschütz wieder
abgeschafft und durch eine viel leichtere, ebenfalls gezo-
gene Stahlschulone ersetzt werden. — Seit gestern ist der
telegraphische Depeschewechsel zwischen Paris und
Turin äußerst lebhaft. Man fügt hinzu, der König
habe hier erklären lassen, er werde Betreffs des Nach-
folgers des Grafen Cavour ohne den Rath des Kai-
sers keinen definitiven Beschluß fassen. Mit der Kirche
söhnte sich der Graf auf die dringende Bitte seines
Bruders, des Marschall de Cavour, aus.
Die Budget-Debatte im gesetzgebenden Körper
war nur durch die Rede Duviers bemerkenswerth, in
welcher hervorgehoben ward, daß die Darlegung der
Finanzlage gefälscht sei. Er verlangte die Reducirung
der Armee auf den Friedensfuß. Die Einwände der
Rechnen wurden von dem Minister Magne und An-
deren bestritten. Doch stellten auch diese nicht in Ab-
rede, daß der Effectivbestand der Armee 467.000 Mann
wenigstens und nicht 400.000 wie im Budget steht,
beträgt.
Der schweizer General Dufour, der Lehrer und
Freund Napoleon's III., ist in Fontainebleau, und wie
man glaubt, steht der Besuch mit dem mit der Schweiz
abzuschließenden Handelsvertrage in Verbindung. Der
Kaiser soll sich sehr bitter über das Betragen der
Schweizer ausgesprochen und unter Anderem die Be-
merkung fallen gelassen haben, es sei unklug, ihn in
der Weise zu reizen, wie die Schweizer thun. Er hat
aber zugleich die Versicherung gegeben, er denke an
keine Vergrößerung auf Kosten der Schweiz, und
alles, was gesagt werde, sei böswillige Erfindung.
Dufour soll nach der Versicherung des Brüsseler Cor-
respondenten der „R. Z.“ nicht eingeschüchtert gewesen
sein und Napoleon III. manche Wahrheit gesagt haben.
Italien.
Das Turiner Witzblatt „Fischietto“ hatte sich über
den Deputirten del Drago, Domherrn von Aquaviva,
lustig gemacht. Darüber gerieth der letztere so in Har-
nisch, daß er sich in die Wohnung des Directors des
genannten Blattes begab und denselben mit Faust-
schlägen und Stockstreichen überfiel. Herbeigekommene
Leute aus der Druckerei retteten den Journalisten vor
der weiteren Wuth des Domherrn, der auch mit ei-
nem langen Messer bewaffnet war. Der Präsident
der Deputirtenkammer, Hr. Ratozzi trug Sorge, daß
dem schwerbeleidigten Redacteur Genugthuung ward,
welche erhalten zu haben er auch öffentlich erklärt.
Die Presse ist indeß damit nicht zufrieden und
der Vorfall gibt zu den verschiedensten Erörterungen
Anlaß.
Der Papst hat den Brandbeschädigten in Glarus
eine Liebesgabe von 2000 Fr. zukommen lassen.
Die russische Flotte befindet sich in den Gewäs-
sern von Civita-Vecchia. Hr. v. Wolonski erbat sich
einen Urlaub, erhielt aber den Befehl, bei dem König
von Neapel zu bleiben.
Aus Rom, 4. Juni, wird laut einer marsellier
Depesche gemeldet: „Der Fürst von Piombino reist
mit vier anderen Mitgliedern des römischen hohen
Adels, welche Unterzeichner der Adresse an den Kaiser
Napoleon sind, nach Frankreich; die päpstliche Regie-
rung dagegen verlangt Zurücknahme der Adresse; wo-
nicht, droht sie der Deputation die Heimkehr nach Rom
verbieten zu wollen.“
Aus Neapel, 2. Juni, meldet die „Trierer Bzg.“:
„Heute fand die Weihe und Verheilung der Fahnen
an die Regimenter statt, hierauf Hochamt, dem die
Civil- und Militär-Belehrten und zahlreiche Geistliche
beizuwohnen. Auch wurde die Eisenbahn nach Ober-
italien eingeweiht. Nachmittags Lotterie, Abends Be-
leuchtung und Fest-Theater in San Carlo. Aus den
Provinzen wird gemeldet, daß der Clerus in allen
Hauptorten, außer in Teramo und Foggia, functionirte.
Die unter die Waffen berufenen früheren königlichen
Soldaten stellten sich in Foggia, Avellino, Aquila, Reg-
gio und Bari freiwillig.“
In Mailand war ein zum Auffstand auffordernder
Maueranschlag unterschrieben: das Alt ionskomitee Un-
garns. „Paps“ nennt diesen Anschlag gefährlich und
wahnwichtig.
Am 30. Mai wurde das Frohnleichnamsfest mit
der gewohnten Feier im Vatican begangen. Auch die
Theilnahme des Volkes war außerordentlich. Auch die
königliche Familie aus Neapel assistirte dem feierlichen
Umzuge, der sich um halb 8 Uhr in Bewegung setzte
und erst nach drei Stunden durch die Säulengänge
des Petersplatzes in die vatikanische Basilica zurück-
kehrte. Viel französisches Militär, auch päpstliches,
umstand die große Prozession.
Bewegungen, deren eigentlicher Charakter sich nicht
genau bestimmen läßt, dauern auf zwei verschiedenen
Punkten fort. Gestern sprach der Telegraph von dem
Vorhandensein einer Bande in der Umgebung von
Catano in Sicilien; und heute meldet man, daß ernste
Unruhen zwischen Arezzo und Urbino (b. in dem-
jenigen Theil der Apenninen, welche Toscana von

Umbrien trennen) ausgebrochen sind. Diese Unruhen
werden den Widerspännigen zugeschrieben, welche in
dieser der Recrutirung zum ersten Mal unterworfenen
Gegend sehr zahlreich sind. Unter päpstlicher Herr-
schaft bestand keine Conscriptio und wird sich die Be-
völkerung nicht so leicht an dieselbe gewöhnen.
Dänemark.
In seiner „Revue de la Semaine“ sagt „Dagbl.“,
ihm zugegangenen Nachrichten zufolge, habe es Grund
anzunehmen, daß man sich in diesem Augenblicke mit
einem Versuche zur Lösung des deutsch-dänischen
Streites beschäftige. Das Stockholmer Cabinet habe
die Initiative zu einer solchen ergriffen und den Re-
gierungen von England, Frankreich und Rußland Vor-
schläge zu einem definitiven Arrangement dieses langen
Streites gemacht, welchen die drei Großmächte mit ge-
wissen Modificationen beizutreten geneigt seien. Die
eingeleiteten Unterhandlungen seien noch nicht so weit
vorgerückt, um mit Gewißheit eine Meinung über den
Resultat zu äußern, das Blatt hofft jedoch, daß
die Sache bald so weit gelangt sein wird, um sie zum
Gegenstande einer öffentlichen Besprechung zu ma-
chen. Der „Bes.“ wird „aus sicherster Quelle“
diese Mittheilung „Dagbladet“ als eine völlige Ent-
stellung des wirklichen Standes der Dinge bezeichnet.
Daß übrigens „Dagbladet“ bei seiner Mittheilung
mehr von frommen Wünschen, als von Thatsachen
ausgegangen ist, zeigt die nachfolgende Betrachtung,
mit welcher „Dagbladet“ den betreffenden Artikel
schließt. „Wir rechnen stets“ heißt es nämlich weiter,
„auf die Billigkeit der vier Mächte, welche seit so lan-
ger Zeit Zeugen der Behandlung, die Deutschland dem
schwachen Staat angedeihen läßt, nicht werden zugeben
wollen, daß der europäische Friede um den Preis größ-
erer, Dänemark aufzulegender Opfer erhalten werde.“
Serbien.
Vom Ministerium für Volksaufklärung in Bel-
grad wird eine Redacteurstelle für die amtliche Serb.
Zeitung ausgeschrieben. Der Redacteur der am 1.
Juli seine Wirksamkeit anzutreten hat, erhält 500
Thaler jährlichen Gehalts und den Viertheil des Prä-
numerationsertrages.
Rußland.
Die russische Gesandtschaft in Brüssel hat wie
die „R. Z.“ erfährt sehr erfreuliche Nachrichten über
den Empfang des am 29. Mai in Moskau ange-
kommenen Czaren erhalten. Ueber 30.000 Menschen
haben Alexander II. am Bahnhofe erwartet, und er
wurde unter begeisterten Zurufen wörtlich auf den
Händen bis in den kaiserlichen Palaß getragen. Wen-
iger günstig lauten die Berichte über die allgemeinen
Zustände, denn die Aufregung ist eine große. Der
Handel stockt, und die Ausfuhr ist auf Null. Trotz
der geringen Fracht von 1 Schilling per Scheitwer
Getreide von Petersburg nach London sind die Reber
ohne Geschäft. Der Czar und die Czarin haben die
Absicht, sich nach ihrer Rückkehr aus Moskau auf zwei
Monate nach der Krim zu begeben. — Die Bezie-
hungen des Cabinets von Petersburg zu jenem von
Paris sollen sich nicht erkalten.
Ein Telegramm aus Warschau meldet, Graf
Zamoyski sei bei der Empfangsaudienz bei dem neuen
Staatskanzler mit ganz besonderer Auszeichnung behan-
delt worden.
Amerika.
Aus New York schreibt man: Oberst Cerrygan und
Oberst Wilson haben hier in New York zu einem Regimen-
ter aus dem Auswurf aller Nationen gebildet; notori-
sche Mörder und Diebe, sogenannte Coafers, Krowdies
und Bowery-Boys bilden den Kern oder richtiger die
Gesamtheit dieses Elitencorps. Besonders das Wil-
son'sche Corps zeigt echte Galgenphysiognomien, wie
man sie wohl selten in solcher Auswahl vertreten fin-
den dürfte. Aber straffe Bursche sind es, die gewiß
vor nichts zurückschrecken, — doch wehe Feind oder
Freund, wo dies Corps einfällt! Ihre Bewaffnung ist
ihrem Charakter angemessen, denn sie tragen Bowie-
messer, zwei Revolver und einen sogenannten shlings-
shot, eine etwa fußlange starke Summirehre, in der
oben eine Kugel eingefügt ist und deren Schlag Schä-
del und Arme bricht. Man erzählt, Oberst Wilson
habe seinen Leuten beim Appell gesagt, man habe ihm
mitgetheilt, daß einige ehrliche Kerle in ihren Reihen
seien, und er wolle wissen, ob das wahr wäre, worauf
das ganze Corps mit „not one“ (nicht einer!) geant-
wortet. Außerdem soll er ihnen, seine goldene Uhr
mit Kette zeigend, erzählt haben, eine ähnliche trüge
jeder Südländer, und er hoffe, daß jeder Mann sei-
nes Corps aus dem Kriege wenigstens ein solches
Kleid mitbringen werde, — eine Ansprache, welche
die tapfere Schaar natürlich mit donnerndem Applaus
begrüßte. Diese Anekdoten kennzeichnen das Volkchen
zur Genüge. Auch an indianischen Webeleien wird es
vorausichtlich nicht fehlen; denn die Siouxstämme ha-
ben der Washingtoner Regierung, die Cherokee's da-
gegen dem Südbunde ihre Unterstützung angeboten, die
erforderlichen Falles nicht zurückgewiesen werden wird.

Local- und Provinzial-Nachrichten.
Krautau, 11. Juni.
* Der „Glos“ kündigt zwei Preise (2000 Gulden und 1000
Gulden) für die zwei besten Original-Essais in polnischer
Sprache an. Der Termin zur Einbringung der Aufsätze, welche
an die Redaction der „Gazeta Polska“ in Warschau adressirt
werden sollen läuft am 31. November 1861 ab. — Die letzte
Nummer des „Przegląd powszechny“, welche die Biografie
Czewel's bringt, ist mit einem Trauerrand erschienen.
Handels- und Börsen-Nachrichten.
Wien, 10. Juni. National-Anlehen zu 5% mit Zänner-
Coup. 80.60 Geld, 80.70 Waare, mit April-Coup. 80.10 Geld,
80.20 Waare. — Neues Anlehen vom 3. 1860 zu 500 fl. 84.90
Geld, 85.— Waare, zu 100 fl. 89.— G., 89.25 B. — Gal-
izische Grundentlastungs-Obligatoren zu 5% 67.60 G. 68.— B.
— Aktien der Nationalbank (pr. Stück) 753.— G. 754.— B.
— der Kredit-Anstalt für Handel und Gew. zu 200 fl. österr.
Bähr. 179.90 G. 180.— B. — der Kaiser Ferdin. Nordbahn
zu 1000 fl. österr. 195.4.— G. 195.5.— B. — der Galiz.-Karl-
Ludw.-Bahn zu 200 fl. österr. m. 140 (70%) Einz. 149.— G.
150.— B. — Wechsel auf (3 Monate): Frankfurt a. M., für
100 Gulden südd. 117.25 G. 117.50 B. — London, für
10 Pfd. Sterling 138.50 G. 138.70 B. — K. Münzducaten
6.62 G. 6.63 B. — Kronen 19.— G. 19.03 B. — Napo-
leon's 11.07 G. 11.09 B. — Russ. Imperiale 11.36 G.
11.38 B. — Vereinsthaler 2.07 1/2 G. 2.08 B. — Silber 138.—
G. 138.25 B.
Krautauer Cours am 10. Juni. Silber-Rubel Agio fl.
poln. 110 verl., fl. poln. 108 geg. — Poln. Banknoten für 100 fl.
österr. Währung fl. poln. 338 verlangt, 330 bezahlt. — Preuß.
Coutant für 150 fl. österr. Bähr. Thaler 73 1/2 verlangt, 72 1/2
bezahlt. — Neues Silber für 100 fl. österr. Bähr. fl. 138.— ver-
langt, 137.— bez. — Russische Imperiale fl. 11.35 verl., 11.15
bezahlt. — Napoleon's 11.15 verl., 10.95 bezahlt. —
Bollwichtige holländische Ducaten fl. 6.55 verl., 6.45 bezahlt. —
Bollwichtige österr. Rand-Ducaten fl. 6.65 verl., 6.55 bezahlt. —
Poln. Pfandbriefe nicht lauf. Coup. fl. p. 100% verl., 99% bez.
— Galiz. Pfandbriefe nicht lauf. Coup. in österr. Währung
fl. 83 1/2 verl., 82% bez. — Galizische Pfandbriefe nicht lauf.
enden Coup. in Conv. Münze fl. 87% verl., 87 bez.
— Grundentlastungs-Obligatoren in österreichischer Währung
fl. 68.25 verlangt, 67.25 bezahlt. — National-Anleihe von dem
Jahre 1854 fl. österr. Bähr. 80.— verlangt, 79.— bezahlt. Aktien
der Carl-Ludwigsbahn, ohne Coupons und mit der Einzahlung
70% fl. österr. Bähr. 158.— verl., 156.— bez., mit der Einzah-
lung von 30% fl. österr. Bähr. 66.— verl., 65.— bezahlt.
Neueste Nachrichten.
Paris, 9. Juni. In der gestrigen Versammlung
des gesetzgebenden Körpers sagte Billault bei Gele-
genheit der Diskussion des Budgets für das Ministe-
rium der auswärtigen Angelegenheiten, es sei zu be-
sorgen, daß die Verhandlungen in Syrien zu einem be-
friedigenden Resultat führen würden. Die Regierung
kenne ihre Pflicht; sie habe sie früher erfüllt, sie werde
sie auch in der Zukunft erfüllen. Aus Turin wird
von gestern Abend gemeldet, daß Ricasoli sich zur
Bildung eines Ministeriums bereit erklärt habe. Aus
Konstantinopel wird mitgetheilt, daß am 6. die zweite
Conferenz bei Ali Pascha stattgefunden habe und daß
ein Arrangement wahrscheinlich sei. Der Gesundheits-
zustand des Sultans ist gut.
Paris, 9. Juni. Nach weiteren Berichten aus
Konstantinopel vom 6. d. hat Ali Pascha in der
Conferenz die Einsetzung eines eingeborenen Prinzen
bekämpft. Bulwer hat hierauf gedroht, die Verhand-
lungen abzubrechen. Von Rußland und Preußen ist
ein Vergleich in Vorschlag gebracht worden.
London, 9. Juni. Nach hier eingetroffenen Nach-
richten aus New York vom 30. v. Mts. marschirten die
Bundestruppen gegen Harpers Ferry und beabsichtig-
ten Norfolk anzugreifen. Die Separatisten waren in
Richmond concentrirt. Von Grafton im westlichen
Virginien hatten Bundestruppen Besitz genommen.
New-Orleans war blockirt. Aus Mexico war die Mel-
dung eingegangen, daß die Mexicaner eine Invasion
in Texas vorbereiteten.
Turin, 7. Juni. Auch heute bleiben die Läden
und Magazine geschlossen. Zu Genua fand gestern
keine Börse statt. Das Leichenbegängniß hat unter
königlichem Pomp stattgefunden. Die Truppen und
Nationalgardien bildeten Spalier in den Straßen, welche
der Zug passirte. Alle constituirten Körperschaften und
die hohen Behörden des Staats figurten im Zuge.
Das Marinecorps aus Genua, die Arbeitergesellschaften,
die Mitglieder der italienischen Emigration und die Depu-
tation der Provinzen folgten demselben, sowie fast die ge-
samte Einwohnerschaft. Während der Ceremonien
wurden in kurzen Intervallen Kanonenschüsse abgefeuert.
Alle Häuser waren mit schwarzem Tuche behangen.
(Indep.)
Turin, 8. Juni. Cavour's Tod hat auch in den
neapolitanischen und sicilischen Provinzen eine große
Befürzung verursacht. Zu Palermo schloß man alle
Läden als Zeichen der Trauer. Die officielle Gazette
bestätigt, daß der König befohlen habe, Cavour's
Leichnam in der Basilika der Superga beizusetzen,
welche bisher den königlichen Prinzen und Souverain-
en vorbehalten war. (Ind.)
Turin, 9. Juni. Das Journal „Movimento“
in Genua dementirt die Nachricht von der Erkrankung
Garibaldi's auf das entschiedenste.
Konstantinopel, 9. Juni. In der Conferenz
von Freitag wurde beschloffen, daß der Chef des Li-
banon auf drei Jahre erwählt werde; nur mit Ein-
willigung der Pforte kann er abberufen werden. Nach
Verlauf dieser Frist findet ein neues Einverständniß
der Pforte mit den Mächten statt. Der Chef des Li-
banon kann aus der Mitte sämtlicher christlichen Un-
terthanen des Sultans erwählt werden. Dieser Vertrag
ist unwiderruflich. (G.)
Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Wojek.
Verzeichniß der Angeworbenen und Abgereichten
vom 10. Juni.
Angeworbenen sind die Herren: Kaimir Gf. Lubinski aus
Polen. Franz Gf. Lubinski aus Polen. Lubinski Gf. Mo-
winski aus Polen. Johann Thorszinski aus Zaborka. Thorszinski
aus Zaborka. Peter Thorszinski aus Kom-
barnia.
Abgereicht sind die Herren: Lubinski Gf. Zarnowski nach
Galizien. Edward Zarnowski n. Galizien. Leonhard de Pol-
nach Lemberg. Josef Ritter v. Jablonski n. Wien. Josef De-
branski n. Polen. August Gorkowski n. Polen.

*) Die gütigst hier einfließenden Gaben, werden von der Administration dieses Blattes an den Ort ihrer Bestimmung übermittelt werden.

Nr. 33210. **Rundmachung.** (2792. 3)

In Folge des h. Erlasses des k. k. Ministeriums des Innern vom 26. October 1853 Z. 27493 wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß die Bewerber, welche im laufenden Solarjahre 1861 zur Ablegung der Staatsprüfung für Forstwirthe, dann jene für Forstschuß und zugleich technische Hülspersonale zugelassen werden wollen, sich nach Vorschrift des h. Ministerial-Erlasses vom 16. Jänner 1853 (N.-G.-B. St. XXVI. Nr. 63 Seite 640) belegten Gesuche bis 15. Juli 1861 bei der k. k. Statthalterei und zwar: die im öffentlichen Dienste stehenden Individuen im gewöhnlichen Dienstwege und die Uebrigen im Wege der betreffenden Kreisbehörde einzubringen haben.

Die Zeit und die Art, in welcher die obigen Staatsprüfungen stattfinden werden, werden später bekannt gemacht werden.

Von der k. k. galizischen Statthalterei.
Lemberg, am 22. Mai 1861.

[Nr. 33210] W myśl wys. reskryptu c. k. Ministerstwa spraw wewnętrznych z dnia 26 Października 1853 r. l. 27493 podaje się do wiadomości powszechnej, że kandydaci, którzy w bieżącym roku słonecznym 1861, do złożenia egzaminu rządowego na gospodarzów leśnych tudzież na nadzorców lasów i pomocników technicznych chcą być przysopuszczeni, podania swe według przepisu wys. reskryptu ministerialnego z dnia 16 Stycznia 1853 (Dz. Pr. P. częś. XXVI Nr. 63 str. 640) dokumentami należyteami zaopatrzone najdalej do 15 Lipca 1861 temu c. k. Namiestnictwu przedłożyć mają, mianowicie osoby w publicznej służbie zostające, w zwyczajnej drodze służbowej, inni zaś przez właściwe c. k. urzędy powodowe.

Czas i tryb, jakim powyższe examina rządowe odbywać się będą, później ogłoszony zostanie.

Od c. k. Namiestnictwa
We Lwowie, dnia 22 Maja 1861.

N. 6349. **E d y k t.** (2768. 2-3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Jana Kantego Wędkiewicza, iż jego nieznanych spadkobierców, że przeciw nim p. Karol baron Lariss, właściciel dóbr przy Bulwice dolne o extabulacya obowiązku płacenia po-

datków i innych danin z Chybin należących się, również ewikcyą zapisanej względem wypełnienia obowiązków w kontrakcie z dnia 1. Września 1810 wyrażonych ze stanu biernego czterech części dóbr Bulowice dolne II. Scheda do L. 6349 ex 1861 wniósł pozew, w załatwieniu tegoż pozwu wyznacza się termin do rozprawy na dzień 6. Sierpnia 1861 o godzinie 10tej przedpołudniem.

Gdy miejsce pobytu tych pozwanych jest niewiadome, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanych na koszt i niebezpieczeństwo tychże, tutejszego adwokata p. Dra Szlachetowskiego z substytucyjnego adwokata p. Dra Koreckiego kuratorem nieobecnych ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanym, aby w zwyż oznaczonym czasie albo sam stanęli, lub téż potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastępcy udzieliłi, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrali, i o tém c. k. Sądowi krajowemu doniesli, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użyli, w razie bowiem przeciwnym, wynikłe z zaniebdania skutki samym sobie przypisaćby musieli.

Kraków, dnia 21. Maja 1861.

[illegible]

Nachfolgende Verpflegs-Beurlaubte werden in Folge der hohen k. k. Landes-General-Commando-Verordnungen Abth. 5, Nr. 1552 vom 8. April und Nr. 1927 vom 3. Mai 1861

sichergestellt, und zwar:

Am 14. Juni 1861 Vormittags 10 Uhr bei dem L. k. Bergbaues-Versuchs-Magazin zu Podgórze mittels geflügelter September 1861; Diente auf das ganze Quantum ober kleinere Partien jedoch nicht unten 200 n. ö. Mergeler

Die Subarenirungs-Verhandlung wird gepflogen werden			Die Erforderniß besteht in										Nebenstehende Erforderniß wird zur Subarenirung verhandelt auf die Nachdauer		Erforderniß für Durchschnitt von 4 zu 4 Tagen			
In der Amts-Kanzlei		Am Tage um 10 Uhr Vormittags	der Militär- Bequartierungs- Station zu		täglichen		monatlich		Kerzen		Maß		Eisen Lam- penbrenne		Brot & Kaffee		Hut	
Des f. f.	zu				Flöß 3 & Örtchen	Heu 10 & M. 10 &	Flöß 3 & Örtchen	Flöß 3 & Örtchen	Flöß 3 & Örtchen	Flöß 3 & Örtchen	Flöß 3 & Örtchen	Flöß 3 & Örtchen	Flöß 3 & Örtchen	Flöß 3 & Örtchen	Flöß 3 & Örtchen	Flöß 3 & Örtchen	Flöß 3 & Örtchen	Flöß 3 & Örtchen
Podgórze	Podgórze	14. Juni 1861	Podgórze	Podgórze	—	500	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wadowice	Wadowice	18. bto.	Wadowice	Wadowice	300	144	144	300	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Myslenice	Myslenice	17. bto.	Myslenice	Myslenice	160	—	140	100	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Für diese Verhandlungen haben sämtliche bestehende Bedingungen für ärztliche Unternehmungen überhaupt, und für die Lieferung und Subarenirung ins Besondere ihre Gültigkeit, und wird nur noch bemerkt daß die Offerte ohne jeder fremdartigen Bedingung (weil selbe sonst unübersichtlich bleiben würden) und mit 10% Badium belegt, bis Schlag 12 Uhr Mittags am Verhandlungstage bei der Verhandlungs-Commission eingereicht sein müssen — ansonst selbe als Nachtrags-Offerte behandelt werden; so wie daß der Erheber den Contracts-Regulirungs-Stempel aus eigenem zu bestreiten haben wird. Die Bedingungen sind stets während den Amtsfunden in der Kanzlei der gefertigten Verwaltung zur Einsicht aufgelegt.

K. k. Militär-Verpflegungs-Verwaltung zu
Podgórze, am 4ten Juni 1861.

Für diese Behandlungen haben sämtliche bestehenden Bedingungen für ärztliche Unternehmungen überhaupt, und für die Lieferung und Subarrondierung ins Besondere ihre Gültigkeit, und wird nur noch bemerkt, daß die Offerte jedwede fremdartigen Bedingungen (weil selbe sonst unberücksichtigt bleiben würden) und mit 10% Badium belegt, bis Schloß 12 Uhr Mittags am Behandlungstage bei der Behandlungs-Commission eingereicht sein müssen — ansonst selbe als Nachtrags-Offerte behandelt werden; so wie daß der Erheber den Contracts-Regulirungs-Stempel aus eigenem zu befreien haben wird. Die Bedingungen sind stets während den Amtsstunden in der Kanzlei der gefertigten Verwaltung zur Einsicht aufgelegt.

Podgórze, am 4ten Juni 1861.

vom 8. Juni.
Oeffentliche Schuld.
A. Des Staates.

	Selb	Baare
In Deft. W. zu 5% für 100 fl.	60 20	60 40
Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl.	80 10	80 30
Vom Jahre 1881, Ser. B. zu 5% für 100 fl.	—	—
Metaliques zu 5% für 100 fl.	67 90	68 —
ditto, „ 4 1/2% für 100 fl.	59 —	59 25
mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl.	115 75	116 —
„ 1854 für 100 fl.	90 75	91 25
„ 1860 für 100 fl.	88 80	89 —
Commo-Rentensteine zu 42 L. anstr.	15 50	16 —

Gründungs-Obligationen		
von Nied. Oester. zu 5% für 100 fl.	89.50	90.50
von Mähren zu 5% für 100 fl.	88.—	88.50
von Schleßen zu 5% für 100 fl.	87.—	88.—
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	87.—	87.50
von Tirol zu 5% für 100 fl.	97.—	99.—
von Kärnt., Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl.	88.50	89.—
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	69.50	70.75
von Tem. Ban. Kroat. u. Sl. zu 5% für 100 fl.	68.—	68.50
von Galizien zu 5% für 100 fl.	67.—	67.75
von Siebenb. u. Bukowina zu 5% für 100 fl.	66.—	66.75

der Nationalbank	pr. St.	776.— 778.—
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu		
200 fl. öherr. W.		176.80 177.—
der K. k. ö. ö. Ges. Comp. Gesellschaft zu 500 A. ö. W.		582.— 583.—
der K. k. ö. ö. Nordbahn 1000 fl. ö. W.		1953—1955—
der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. ö. W.		
oder 500 Kr.		272.50 273.50
der K. k. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. ö. W.		169.— 169.50
der Süd-nord. Verbind. B. zu 200 fl. ö. W.		124.50 125.—
der Rhein. B. zu 200 fl. ö. W. mit 140 fl. (70%) Einz.		147.— 147.—
der k. k. Staats-, lomb.-ven. und Centr.-ital. E.		
isenbahn zu 200 fl. ö. W. oder 500 Kr.		
zu 160 fl. (80%) Einz.		218.— 220.—
der k. k. Karl Ludwigs-Bahn zu 200 fl. ö. W.		
mit 140 fl. (70%) Einzahlung		150.— 150.50
mit 60 fl. ö. W. (30 %) Einzahlung		63.50 66.—
der öherr. Donaudampfschiffahrts-Gesellschaft zu		
500 fl. ö. W.		435.— 437.—
des öherr. Lloyd in Triest zu 500 fl. ö. W.		238.— 242.—
der Dampfschiff. Rettungsbrücke zu 500 fl. ö. W.		400.— 405.—
der Wiener Dampfwühl-Actien-Gesellschaft zu		
500 fl. öherr. Währ.		380.— 385.—

der	Jährlich zu 5%	für 100 fl.	102.—	102.50
Nationalbank	10 jährlich zu 5%	für 100 fl.	97.—	98.—
auf G.M.	verlosbar zu 5%	für 100 fl.	91.—	91.25
der Nationalbank	12 monatlich zu 5%	für 100 fl.	99.50	99.75
auf österr. Währ.	verlosbar	zu 5% für 100 fl.	86.57	87 —
Guldg.	Kredit-Anhalt G. M.	zu 4% für 100 fl.	82.—	83.—

der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu	116.15	117.—
100 fl. öfter. Währung.		
Donau-Dampfschiff-F Gesellschaft zu 100 fl. C.M.	102.—	102.25
Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. C.M.	130.—	130.50
Stadtgemeinde Ofen zu 40 fl. öst. W.	36.75	37.25
Gierzhay zu 40 fl. C.M.	96.50	97.50
Salm zu 40 "	37.50	38.—
Balfhy zu 40 "	37.25	37.75
Clary zu 40 "	35.50	36.—
St. Genois zu 40 "	37.50	38.—
Windischgrätz zu 20 "	92.25	92.50
Waldstein zu 20 "	26.—	26.50
Regelwitz zu 10 "	14.75	15.25

Bank-(Platz-)Sconto			
Angsburg, für 100 fl. süddeutscher Maßr. 3 1/2%	117.50	117.50	
Frankf. a. M., für 100 fl. südd. Maßr. 3%	117.75	117.15	
Hamburg, für 100 M. B. 3%	103.75	104	—
London, für 10 Pfd. Sterl. 5%	138.75	139.25	
Paris, für 100 Francs 5%	55.10	55.10	

	Durchschnitts-Cours		Letzter Cours.	
	fl. fr.	fl. fr.	Geld	Waare
Kaiserliche Münz-Dufaten	6 63	— —	6 65	6 66
„ vollw. Dufaten	6 63	— —	6 65	6 65
Krone	— —	— —	19 —	19 05
20 Frankst.	10 99	11 05	11 10	11 12
Russische Imperiale	— —	— —	11 35	11 40
Silber	— —	— —	138 —	138 50

der freigeschickten Correspondenz, Staubzellen, Kapseln

von Krakau nach Wien und Breslau 7 Uhr Früh, 3 Uhr
35 Min.; — nach Mariasburg 7 Uhr Früh; — nach
Ostrau und über Oberberg nach Preußen 9 Uhr 45
Min. Früh; — nach Hiesebow 5 Uhr 35 Min. Früh;
— nach Przemyśl 10 Uhr 30 Min. Früh, 8 Uhr 45
Min. Abends; — nach Wieliczka 7 Uhr 30 M. Früh
von Wien nach Krakau 7 Uhr Früh, 8 Uhr 30 Minuten
Abends.
von Ostrau nach Krakau 11 Uhr Vormittags.
von Granica nach Szczekowa 6 Uhr 30 M. Früh, 2 Uhr
6 Minuten Nachmittags.
von Szczekowa nach Granica 10 Uhr 15 Min. Vormitt.
1 Uhr 48 Min. Nachmitt., 7 Uhr 56 Min. Abends;
— nach Trzebnia 7 Uhr 23 Min. Früh, 2 Uhr 33 Mi-
nuten Nachmittags.
von Hiesebow nach Krakau 2 Uhr 25 Min. Nachmitt.; —
nach Przemyśl 7 Uhr 15 Min. Früh, 8 Uhr 15 Mi-
nuten Abends.
von Mielonitz nach Krakau 1 Uhr 15 Min. Nachm.

in Krefau von Wien 9 Uhr 45 Minuten Fröh, 7 Uhr 45
 Minuten Abends; — von Breslau und Warschau
 9 Uhr 45 Minuten Fröh, 5 Uhr 27 Min. Abends;
 von Strau über Obergang aus Preußen 5 Uhr 27 Min.
 Abends; — von Rzeszów 8 Uhr 40 Min. Abends;
 von Przemysł 6 Uhr 15 Min. Fröh, 3 Uhr Nachm.;
 — von Wietelka 6 Uhr 40 Min. Abends.
 in Rzeszów von Krefau 11 Uhr 51 Min. Vorm.
 in Przemysł von Krefau 6 Uhr 48 Minuten Fröh, 6 Uhr
 Nachmittags.

Stunde	Barom.-Höhe auf in Barom. Linie ° Reaumur red.	Temperatur nach Reaumur	Specifische Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Veränderung der Wärme im Laufe d. Tage von bis
2	327.61	+18.7	64	Dr. stark	Niesen	Nachmit. Blige u.	+63 +210
10	27 79	13.0	87	" schwach	Heut. m. Wolken	Donner	
6	28 59	12.5	87	" stark	" "		